

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stephan Brandner, Martin Hess, Steffen Janich und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/11351 –**

Illegale Einreisen nach Deutschland in dem Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2023

Vorbemerkung der Fragesteller

Mit der Kleinen Anfrage „Illegale Einreisen nach Deutschland in dem Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 30. Juni 2023“ auf Bundestagsdrucksache 20/8340 wurde unter anderem erfragt, wie viele Personen jeweils in dem Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 30. Juni 2023 unerlaubt in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind. Mit dieser Kleinen Anfrage sollen die bereits vorliegenden Daten auf einen aktuellen Stand gebracht werden.

1. Wie viele Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in dem Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2023 unerlaubt in die Bundesrepublik Deutschland eingereist, und welche zehn Nationalitäten wurden bei diesen Personen am häufigsten festgestellt (bitte nach Jahresscheiben in absoluten Zahlen und dem prozentualen Anteil der festgestellten Nationalitäten an der Gesamtzahl der unerlaubt eingereisten Personen aufschlüsseln)?

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 insgesamt 127 549 unerlaubt eingereiste Personen festgestellt worden. Die zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten sind in der nachfolgenden Übersicht aufgeführt.

Zu den Angaben der Jahre 2009 bis 2022 wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 1 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/6636 verwiesen.

Unerlaubte Einreise 01.01. bis 31.12.2023	Anzahl Personen	Anteil an Gesamt
Gesamt	127.549	
Davon		
Staatsangehörigkeiten		
Syrisch	38.138	29,9 %
Türkisch	20.170	15,8 %
Afghanisch	16.923	13,3 %
Ukrainisch	4.801	3,8 %
Indisch	3.080	2,4 %
Irakisch	2.805	2,2 %
Marokkanisch	2.605	2,0 %
Algerisch	2.353	1,8 %
Iranisch	2.301	1,8 %
Russisch	1.953	1,5 %

2. Wie viele Abschiebungen haben nach Kenntnis der Bundesregierung bundesweit in dem Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2023 stattgefunden (bitte nach Jahresscheiben aufschlüsseln)?

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 16 430 Abschiebungen vollzogen worden. Eine Aufschlüsselung nach Monaten ist in der nachfolgenden Übersicht aufgeführt.

Für den Zeitraum der Jahre 2009 bis 2022 wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 3 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/6636 verwiesen.

Vollzogene Abschiebungen 01.01. bis 31.12.2023	
gesamt	16.430
davon	
Januar	979
Februar	1.202
März	1.384
April	1.227
Mai	1.510
Juni	1.558
Juli	1.325
August	1.334
September	1.524
Oktober	1.478
November	1.634
Dezember	1.275

3. Wie viele Personen konnten nach Kenntnis der Bundesregierung im Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2023 aufgrund von gesundheitlichen Gründen nicht aus Deutschland abgeschoben werden (bitte nach der Staatsangehörigkeit der Personen, dem Bundesland, den zehn häufigsten Erkrankungen und Jahresscheiben aufschlüsseln)?

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind im Zeitraum von Januar bis 31. Dezember 2023 die Abschiebungen von 86 Personen aus medizinischen Gründen abgebrochen worden. Die Daten beziehen sich nur auf Rückzuführende, die bereits von den zuständigen Landesbehörden an die Bundespolizei übergeben wurden. Eine Erfassung des konkreten medizinischen Grunds erfolgt hierbei nicht. Weitere Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Für den Zeitraum der Jahre 2009 bis 2022 wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 4 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/6636 verwiesen.

Aus „medizinischen Gründen“ gescheiterte Abschiebungen 01.01. bis 31.12.2023			
gesamt			86
davon			
Staatsangehörigkeit		Veranlassendes Land	
Türkei	13	Baden-Württemberg	19
Albanien	10	Nordrhein-Westfalen	16
Russland	8	Berlin	12
Nigeria	7	Bayern	11
Irak	7	Niedersachsen	9
Afghanistan	5	Sachsen	5
Syrien	5	Sachsen-Anhalt	3
Georgien	5	Mecklenburg-Vorpommern	2
Aserbaidschan	4	Rheinland-Pfalz	2
Algerien	4	Thüringen	2
Gambia	2	Brandenburg	1
Pakistan	2	Hamburg	1
Kamerun	2	Hessen	1
Sri Lanka	1	Saarland	1
Mali	1	Bundespolizei	1
Burundi	1		
Marokko	1		
Somalia	1		
Moldau	1		
Vietnam	1		
Indien	1		
ungeklärt	1		
Bosnien-Herzegowina	1		
Iran	1		
Malawi	1		

4. Wie viele Personen konnten nach Kenntnis der Bundesregierung im Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2023 aufgrund von Suizidgefahr bzw. Suizidversuchen nicht aus Deutschland abgeschoben werden (bitte nach der Staatsangehörigkeit der Personen, dem Bundesland und Jahresscheiben aufschlüsseln)?

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind von Januar bis 31. Dezember 2023 sieben Personen aufgrund Selbstverletzung/-versuchs oder Suizid/-versuchs abgebrochen worden. Die Daten beziehen sich nur auf Rückzuführende, die bereits von den zuständigen Landesbehörden an die Bundespolizei übergeben wurden. Weitere Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Für den Zeitraum der Jahre 2009 bis 2022 wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 5 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/6636 verwiesen.

Abgebrochene Abschiebungen „Selbstverletzung/-versuch oder Suizid/-versuch“ 01.01. bis 31.12.2023			
gesamt			7
davon			
Staatsangehörigkeit		Veranlassendes Land	
Syrien	2	Nordrhein-Westfalen	3
Afghanistan	1	Rheinland-Pfalz	2
Aserbaidtschan	1	Bayern	1
Guinea	1	Sachsen	1
Libanon	1		
Türkei	1		

5. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der ausreisepflichtigen Personen in Deutschland jeweils zum Stichtag 31. Dezember in den Jahren von 2009 bis 2023 (die Anzahl der Ausreisepflichtigen bitte nach Jahresscheiben aufschlüsseln)?

Ausweislich des Ausländerzentralregisters waren zum Stichtag 31. Dezember 2023 242 642 ausländische Staatsangehörige in Deutschland ausreisepflichtig. Hinsichtlich der Zahl der ausreisepflichtigen Personen bis zum 31. Dezember 2022 wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 6 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/6636 verwiesen.

6. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der Abschiebungshaftplätze in Deutschland zum Stichtag 31. Dezember in den Jahren von 2009 bis 2023 (die Anzahl der vorhandenen Abschiebehaftplätze bitte nach Jahresscheiben aufschlüsseln)?

Der Bund hält für den Vollzug der Ausreisepflicht keine Abschiebungshaftplätze vor, da dies in der ausschließlichen Zuständigkeit der Länder liegt. Der Bundesregierung liegen die Zahlen aus den Jahren 2018 bis 2023 vor:

2018: 487 Plätze	2021: 613 Plätze
2019: 577 Plätze	2022: 645 Plätze
2020: 573 Plätze	2023: 800 Plätze.